

INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION

BETREFFEND AUSGLEICH DER KALTEN PROGRESSION UND STEUER-  
PAKET - AUSWIRKUNGEN AUF DIE FINANZEN VON KANTON UND GEMEINDEN

VOM 8. MÄRZ 2004

Die Alternative Fraktion hat am 8. März 2004 folgende **Interpellation** eingereicht:

Der Bundesrat hat kurzfristig beschlossen, zusätzlich zum Steuerpaket eine Vorlage für den Ausgleich der kalten Progression per Ende 2004 auszuarbeiten. Bereits das Steuerpaket führt zu Mindereinnahmen bei Bund, Kantonen und Gemeinden in der Höhe von mehreren Milliarden Franken. Mit dem Ausgleich der kalten Progression entgehen dem Bund, den Kantonen und Gemeinden nochmals mehrere hundert Millionen Franken. Der „Blick“ schreibt von einem „800-Millionen-Köder“. In einer Haurückübung von wenigen Tagen soll die entsprechende Vorlage durch das Parlament gepaukt werden. Unbesehen der Folgen für die öffentlichen Finanzhaushalte.

Noch nie ist eine Finanzvorlage mit derart weit reichenden Folgen für die Haushalte der öffentlichen Hand in einem derartig unseriösen Dringlichkeitsverfahren beschlossen worden.

In Bern scheint aus Angst vor einer Abstimmungsniederlage beim Steuerpaket das finanzpolitische Chaos ausgebrochen zu sein. In Panik werden weit reichende Beschlüsse gefasst, welche jegliche seriöse Finanzplanung in den Kantonen und den Gemeinden verunmöglichen. Entsprechend besorgt äussern sich zunehmend mehr Finanzverantwortliche in den Kantonen und Gemeinden. In Bern werden Steuergeschenke in Milliardenhöhe verteilt, die Sparübungen müssen dann in den Kantonen und Gemeinden umgesetzt werden. Es sind Sparübungen zum Nachteil der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung, zum Nachteil der Jungen und der Senioren, zum Nachteil der Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, zum Nachteil der Umwelt und der Bildung.

Die Alternative Fraktion hat die Besorgnis von Anfang an geteilt: Sie hat aus diesem Grund auch das Kantonsreferendum gegen das übermässige Steuerpaket unterstützt. Leider haben sich Regierungsrat und Kantonsrat dagegen entschieden - im Gegensatz zu vielen anderen, ebenfalls bürgerlich dominierten Kantonen. Zudem hat die Alternative Fraktion erfolgreich mitgewirkt beim Zustandekommen des Volksreferendums.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Finanz- und Steuerpolitik im Bundeshaus ist nicht mehr verständlich. Es werden Steuersenkungen versprochen und beschlossen, unbesehen der Folgen. Der Finanzdirektor des Kantons Wallis, Wilhelm Schnyder (CVP) wird in der NZZ am Sonntag vom 7. März wie folgt zitiert: „Diese Politik ist schlicht und einfach katastrophal“.

Aufgrund dieser Überlegungen stellt die Alternative Fraktion folgende **Fragen**:

1. Welche Auswirkungen hat der Ausgleich der kalten Progression per Ende 2004 (Absicht des Bundesrates) und das Steuerpaket (Abstimmung am 16. Mai) auf die Finanzen von Kanton und Gemeinden?
2. Mit welchen Steuerausfällen ist in den Jahren 2005 und folgende zu rechnen?
3. In welchen Bereichen will der Regierungsrat konkret sparen, um die neuen Steuerausfälle zu kompensieren?
4. Werden die Steuerausfälle allenfalls durch Kürzung der Beiträge an die Gemeinden oder weitere Institutionen kompensiert? Welche?
5. Ist der Regierungsrat bereit, seine befürwortende Haltung zum Steuerpaket nochmals zu überdenken?

Da das Steuerpaket bereits am 16. Mai zur Abstimmung gelangt, bittet die Alternative Fraktion den Regierungsrat, die Interpellation möglichst bald zu beantworten. Die Stimmenden sollen in Kenntnis der Folgen für die Finanzen von Kanton und Gemeinden an der Urne entscheiden können.

---